

Schulen in schwierigen sozialen Lagen brauchen Unterstützung – jetzt!

Schulleiter integrierter Schulen in NRW beraten Maßnahmen

Unter dem Schlagwort „Ungleiches ungleich behandeln“ fordert die GGG NRW seit mehreren Jahren die Einführung eines schüler-scharfen Sozialindexes für die Ressourcenzuweisung an Schulen. Mittlerweile ist die Botschaft im politischen Bereich angekommen.



Behrend Heeren
Vorsitzender der
GGG NRW

BEHREND HEEREN

Der Sozialindex für Schulen findet sich sogar im Koalitionsvertrag der gelb-schwarzen Landesregierung. Ob und wann und in welchem Umfang er tatsächlich kommt, ist vollkommen offen und kann dauern.

Darauf können viele unserer Mitgliedsschulen im Interesse der ihnen anvertrauten Schüler, aber auch im Interesse aller an der Schule Beschäftigten nicht warten. Ausgehend von einem Hilferuf einer Schulleiterin, die sagte: „Bei uns brennt es schon jetzt und das teilweise im doppelten Sinne des Wortes.“, hat die GGG NRW aus jedem Regierungsbezirk stellvertretend für viele andere eine Schulleiterin oder einen Schulleiter von einer integrierten Schule in schwieriger sozialer Lage zu einem Treffen eingeladen.

Austauschtreffen

In einem ersten Schritt stellten die SL` die dramatischen Lagen ihrer Schulen auf der konkreten Ebene und anhand von Schuldaten der Einzelschule dar. Bei allen Schulen ist die prekäre Lage der Schulaufsicht und den Kommunen bekannt. Teilweise sind die Schulen von Vertretern der kommunalen Politik, von Landtagsabgeordneten oder aus dem Schulministerium besucht worden. Ein wiederkehrendes Ergebnis bei diesen Schulbesuchen war das (objektiv zynische) Schulterklopfen für die Schulen, dass sie sich mit solchem Engagement diesen schwierigen Aufgaben stellen. Eine substantielle Verbesserung oder die Aussicht darauf gibt es nicht.

Übereinstimmend finden sich in allen dieser Schulen die Ergebnisse der sozialen Segregation. Der Anteil nicht deutschsprachig aufgewachsener Schüler beträgt

über 50 Prozent, der Anteil der Kinder mit Sozialgeldbezug liegt zwischen 25 und knapp 50 Prozent, ein hoher Anteil von Schülereltern ohne Beschäftigung oder mit prekären Beschäftigungen, wenige bis keine Eltern mit höheren Bildungsabschlüssen. Wegen des geringen Sozialprestiges der Schüler werden die Schulen trotz guter pädagogischer Arbeit von den ohnehin wenigen Mittelschichteltern in sozial schwachen Stadtteilen wenig angewählt. Das erhöht die im Stadtteil vorhandene soziale Segregation weiter.

Welche pädagogischen Herausforderungen diese Schulen zu bewältigen haben, muss hier nicht erläutert werden. Diese Schulen bräuchten mehr Personal und die besten Lehrer. Unter den Bedingungen eines leergefegten Lehrerarbeitsmarktes und des schulscharfen Lehrereinstellungsverfahrens können sich die benachteiligten Schulen nicht die für sie geeigneten Lehrer aussuchen. Die Lehrer können sich ihre Schule aussuchen und machen in der Regel einen Bogen um diese Schulen. Warum sollen sie sich bei gleicher oder schlechterer Bezahlung die schwierigere Arbeit aussuchen? Die derzeitige Folge ist, dass diese Schulen selbst bei vorhandenen Lehrerstellen diese

überhaupt nicht oder nicht mit dem notwendigen Personal besetzen können.

Vereinbarung

Die in dem oben angesprochenen Treffen versammelten Schulleiter haben vereinbart, im Interesse ihrer Schüler und Kollegen aktiv zu werden. Sie werden beim ersten Treffen bewusst klein gehaltenen Kreis der betroffenen Schulen ausweiten, dann gemeinsame Forderungen entwickeln und Strategien zur Durchsetzung verabreden. Neben den Forderungen nach erheblich verbesserten materiellen und personellen Ressourcen müssen die Schulen auch mehr pädagogische Freiheiten erhalten, um ihrer Schülerschaft gerecht werden zu können.

Schulen, die an einer Mitarbeit interessiert sind, können sich melden unter

► vorstand@ggg-nrw.de